



# Information für die Presse

## Landesorganisation Bremen

Tel: 0421-3501819, Fax: 0421-3501837

18. Juli 2005

### ***SPD-Gewerkschaftsrat: Politische Bildung und Weiterbildung im Lande Bremen darf nicht zerschlagen werden***

Auf seiner letzten Sitzung hat sich der SPD-Gewerkschaftsrat mit den vorgeschlagenen Kürzungen bei den Kinder- und Jugendverbänden sowie im Bereich der politischen Weiterbildung im Lande Bremen beschäftigt.

Deutliche Kritik wurde an den Plänen des Bildungsensors geübt, die Zuschüsse für die Bildungsvereinigung *Arbeit und Leben* von derzeit 250.000 € auf 0 herunter zu fahren. „Diese Kürzungen würden das Aus von *Arbeit und Leben* bedeuten“, so die DGB-Vorsitzende Helga Ziegert. „Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche ist die politische Bildung aber wichtiger denn je. Der Gewerkschaftsrat fordert den zuständigen Senator daher auf, die Kürzungspläne fallen zu lassen.“ Ziegert weist zudem darauf hin, dass *Arbeit und Leben* Mittel in gleicher Höhe für die politische Bildung im Lande Bremen einwirbt. „Diese EU-Mittel sind unverzichtbar. Hinzu kommen ähnliche Aufwendungen der Einzelgewerkschaften und des DGB.“

Gegenstand der Beratungen waren auch die von Sozialsenatorin Karin Röpke vorgeschlagenen Kürzungen bei den Kinder- und Jugendverbänden. Auch hier hat der Gewerkschaftsrat klare Position bezogen. „Die schwindende Akzeptanz traditioneller politischer Orientierungen erfordert die Unterstützung demokratischer Lernprozesse durch vielfältige außerschulische Bildungsangebote. Die Förderung der Jugendarbeit muss deshalb mindestens auf demselben Niveau wie bisher fortgesetzt werden,“ so Ziegert.

Der SPD-Landesvorsitzende, Dr. Carsten Sieling hat bei der Zusammenkunft noch einmal darauf hingewiesen, dass die aktuell diskutierten Kürzungsvorschläge die Zustimmung der SPD nicht finden werden: „Ich habe bereits direkt nach dem Bekanntwerden der Haushaltsentwürfe deutlich gemacht, dass ich kein Verständnis für die Kürzungen im Bereich der politischen Bildung und Weiterbildung habe und erwarte, dass der Senat hier nacharbeitet.“

Kontakt für Rückfragen: André Städler (0177-6526328)